

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses I vom 11. Januar 2021

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 465 von Herrn FRANSSEN (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zur Verwaltungsreform in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Im Grenz-Echo vom 29. Januar 2020, S. 7 stand im Artikel "Dank Flandern spart Ostbelgien viel Geld":

"Ähnlich verhält es sich mit der anstehenden Verwaltungsreform in der DG. Hier gilt Flandern gewissermaßen als Vorbild. "Durch eine grundlegende Reform wollen wir unsere Verwaltung effizienter machen, Bürokratie abbauen und Verwaltungsabläufe vereinfachen" erläuterte Paasch: "Da Flandern bereits 2018 eine umfassende Reform dieser Art durchgeführt hat, macht es Sinn, sich am flämischen Modell zu orientieren und davon zu lernen." Jambon sieht es weniger einseitig: "Vielmehr werden beide Verwaltungen voneinander lernen. Durch die Zusammenarbeit werden beide effizienter."

In einem Artikel vom BRF, "Paasch und Jambon vertiefen Zusammenarbeit zwischen DG und Flandern" (28. Januar 2020), steht schließlich geschrieben:

"Und da ist offensichtlich kein Ende in Sicht. Oliver Paasch hat auch mit seinem Kollegen Jan Jambon vereinbart, dass Flandern Hilfestellung geben wird bei der geplanten Reform der Verwaltung. "Wir möchten unsere Verwaltung effizienter machen, wir wollen Bürokratie abbauen und Verwaltungsabläufe vereinfachen. Da die Flämische Gemeinschaft 2018 eine grundlegende Reform dieser Art durchgeführt hat, macht es Sinn, sich am flämischen Modell zu orientieren. Flandern ist für mich jedenfalls in Sachen Verwaltung ein Vorbild", so Paasch."

Hierzu meine Fragen:

- *Welche konkreten inhaltlichen Schwerpunkte des flämischen Modells haben für die Regierung der DG Vorbildcharakter?*
- *Wie sieht die Zusammenarbeit der beiden Verwaltungen in Sachen "Verwaltungsreform" konkret aus?*
- *Welche konkreten Ergebnisse sind in dieser Zusammenarbeit bis heute erzielt worden?*

- **Frage Nr. 466 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zu den wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven sowie zur Unterstützung der Wirtschaft und des Standorts Ostbelgien infolge des jüngsten Konzertierungsausschusses**

Aktuell ist der allgemeine Trend der Corona-Zahlen positiv. Nachdem die Bevölkerung sich in den jüngsten Tagen und Wochen an die Regeln gehalten hat und inzwischen landesweit

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

mit der Impfkampagne begonnen werden konnte, sehnt sie sich nach wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven sowie nach einer baldigen Lockerung der Corona-Schutzmaßnahmen. Beim Schreiben dieser Zeilen waren uns die Entscheidungen des Konzertierungsausschusses von letztem Freitag naturgemäß noch nicht bekannt. Gleichwohl bekräftigten sowohl der Premierminister als auch der Gesundheitsminister bereits im Vorfeld, für solche Lockerungen sei es noch zu früh; beide verwiesen auf die noch zu hohen Infektions- und Hospitalisierungszahlen.

In diesem Zusammenhang bezeichnete die Zeitung LE SOIR jedoch in ihrer Ausgabe vom 5. Januar 21 den Plan zur wirtschaftlichen Wiederankurbelung - neben dem Thema der sanitären Dringlichkeit - als zweite große Axe der bevorstehenden Sitzung des Konzertierungsausschusses. In der Tat leiden weite Teile der belgischen und ostbelgischen Wirtschaft nach wie vor sehr unter den Folgen der Corona-Krise. Dabei sind einzelne Sektoren unterschiedlich hart und lange betroffen. Denken wir nur an die Bereiche Horeca, Freizeit, Tourismus - aktuell der Wintertourismus - und die sogenannten Kontaktberufe, wie Friseur- und Schönheitssalons oder Nagelstudios, die seit Wochen zum wiederholten Male und anhaltend geschlossen sind.

Mehr denn je sollten wir uns vor Augen führen: sich verschlechternde Wirtschaftsparameter sind nichts Anderes als die Vorboten weiterer Rückschritte auf sozialer und gesellschaftlicher Ebene. Hier sei ausdrücklich an die abfedernde Wirkung der zahlreichen bereits durch die verschiedenen Regierungsebenen - insbesondere auch in der DG - beschlossenen Direkthilfen und Fördermaßnahmen erinnert.

Dazu lauten meine Fragen:

- *Welche wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven für die von der Schließung betroffenen Sektoren wurden bei der jüngsten Sitzung des Konzertierungsausschuss erörtert?*
- *Wurden vor diesem Hintergrund auch bereits weitere Unterstützungs- und Fördermaßnahmen zugunsten der betroffenen Sektoren erörtert und welches sind diese gegebenenfalls?*

• **Frage Nr. 467 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur innerbelgischen Aufteilung der europäischen Hilfsfonds zur Wiederankurbelung der Wirtschaft**

Bereits im Rahmen der Plenarsitzung vom 23. November 2020 befragte ich Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, zur Verteilung der Gelder, die Belgien durch die Europäische Union im Zuge ihres Plans zur Wiederankurbelung der Wirtschaft zugesprochen wurden. Diese belaufen sich dem Vernehmen nach auf 5,15 Milliarden Euro und werden in Form von Subventionen und Darlehen gewährt.

Derweil ist die innerbelgische Aufteilung der besagten Gelder unter der föderalen und der gliedstaatlichen Ebene, darunter auch die DG, Verhandlungssache. Laut der Ausgabe von LE SOIR vom 5. Januar 21 stand der diesbezüglich anzuwendende Verteilerschlüssel auf der Tagesordnung der jüngsten Sitzung des Konzertierungsausschusses. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass Belgien der Europäischen Kommission bis zum 30. April 21 die Aufteilung der Gelder und ihren jeweiligen Verwendungszweck unterbreiten muss.

Dazu lauten meine Fragen:

- *Welche Fortschritte wurden im Rahmen des jüngsten Konzertierungsausschusses bezüglich der innerbelgischen Aufteilung der zu erwartenden europäischen Hilfsfonds erzielt?*
- *Welcher Anteil an diesen Geldern wird der Deutschsprachigen Gemeinschaft zufließen und welches werden die diesbezüglichen Verwendungszwecke sein?*

- **Frage Nr. 468 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zum Stand der Dinge in Sachen Finanzierung der Hilfeleistungszone 6 und zum Umfang des Abkommens der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Provinz Lüttich**

In aller Stille ist mit dem Jahresende das allgemeine Abkommen der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit der Provinz Lüttich für die Periode 2016-2020 abgelaufen. Dieses Abkommen entstand aufgrund der als viel zu niedrig ein zu schätzenden Rückflüsse von Mitteln der Provinz in das Gebiet deutscher Sprache.

Der finanzielle Umfang dieses Abkommens – auch in seiner letzten Version – ist als völlig unzureichend zu betrachten und umfasst viele Ausgaben, die die Provinz schon immer tätigte.

Mehrmals im Parlament thematisiert wurde im vergangenen Jahr die Entwicklung, dass die Wallonische Region eine Kofinanzierung der wallonischen Hilfeleistungszonen durch die Provinzen veranlasst hat. Dies bekanntermaßen jedoch ohne die Provinz Lüttich zu verpflichten, dies auch für die Hilfeleistungszone 6 (die 9 DG-Gemeinden) zu tun. Die Provinz Lüttich schien bisher jedoch nicht abgeneigt, auf freiwilliger Basis auch der Hilfeleistungszone 6 gleiche finanzielle Mittel zukommen zu lassen. Allerdings würde sie dann auch stimmberechtigt im Rat der Hilfeleistungszone sitzen.

Beides – das neue allgemeine Abkommen und die Finanzierung der Hilfeleistungszone sind Teil von Verhandlungen, die vom Zeitplan eigentlich schon beendet sein müssten. Beide Fragen – ob nun in einem einzigen Abkommen zusammengefasst oder separat – betreffen finanzielle Mittel ab Januar 2021 auf die Organisationen und Gemeinden warten, bzw. angewiesen sind.

Daher meine Fragen :

- *In welchem Zeitrahmen wird mit unterschriftsreifen Abkommen zu rechnen sein?*
- *Ist, abgesehen von Mitteln für die Hilfeleistungszone, mit einer Aufstockung des bisher mickrigen Finanzrückflusses der Provinz zu rechnen ?*
- *Ein Teil des bisherigen Abkommens umfasste einen Betrag von über 400.000 €, der mit dem Argument des zusätzlichen Aufwandes der deutschen Sprache im Notrufsystem an die deutschsprachigen Gemeinden ging. Wird dieser Betrag im Rahmen der Kofinanzierung der Hilfeleistungszonen durch die Provinz « nur » aufgestockt, oder kommt es zu einem separaten Abkommen der Provinz Lüttich mit der Hilfeleistungszone ?*